

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für  
Umwelt und Klimaschutz**

**Marcus Bosse, MdL**

zu TOP Nr. 13b

Aktuelle Stunde

**Hilflose Wolfspolitik gefährdet das Pferdeland  
Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/7396

während der Plenarsitzung vom 15.09.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Gut gebrüllt, Löwe“, Herr Kollege Grupe. Bei Wölfen würde man, glaube ich, „gejault“ sagen.

Wir sind, glaube ich, gar nicht so weit auseinander.

2018/2019 gab es in der Tat drei tote Tiere und in 2020 fünf tote Pferde, wobei es auch vier verletzte Tiere gegeben hat. Ich sehe grundsätzlich das Pferdeland Niedersachsen noch nicht in Gefahr.

Aber grundsätzlich ist auch zu sagen: Jeder Riss eines Weidetieres ist letzten Endes einer zu viel. Wir sehen uns mittlerweile 35 Rudeln in Niedersachsen gegenüber, und klar ist auch - wir stehen ja nicht zum ersten Mal hier -: Das ist eine streng geschützte Art. Die Wolfsverordnung ist in der Verbändebeteiligung. Die Stellungnahmen werden eingesammelt und müssen natürlich auch bewertet werden.

Meine persönliche Einschätzung möchte ich hier auch mal wiedergeben: Es darf hier zu keiner Abschwächung der Verordnung kommen. Das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich. Ich sage Ihnen auch, was wir nicht machen können: Wir können garantiert nicht - Kollege Grupe hat es gesagt - alle Weidetiere einzäunen - also Schafe, Ziegen, Kälber, Rinder und, und, und. Wenn man das will, dann muss man es sagen. Dann muss man eben Tausende Kilometer von Zäunen ziehen. Dann muss man das eben machen, natürlich auch mit Untergrabe-Schutz und mit mindestens 1,20 m Höhe. Ich glaube, es kann aber letzten Endes nicht unser Anspruch sein, dieses viele Geld auszugeben und das halbe Land einzuzäunen.

Was wir auch nicht machen können und dürfen, ist, alle Wölfe abzuschießen. Auch das geht nicht und dürfen wir nicht. Es sind mittlerweile für drei Wölfe Ausnahmegenehmigungen erteilt worden. Die wurden natürlich sofort alle beklagt. Die Landesregierung ist mit der Erteilung der Ausnahmegenehmigungen ihrer Pflicht gerecht geworden. Das Land hat letzten Endes alle rechtlichen Voraussetzungen zur Bejagung geschaffen.

Man kann ja auch beklagen, dass das alles viel Geld kostet. Aber das Land hat doch gehandelt! Natürlich wurden Personen beauftragt, sich dorthin zu setzen und diese Tiere zu entnehmen. Der Erfolg war leider Gottes gleich null. Der nächste Schritt war: Man spricht mit der Landesjägerschaft. Gott sei Dank - da gilt der Landesjägerschaft ein großer Dank - haben einige Jäger - nicht alle - gesagt: Ja, wir sind bereit! - Den Erfolg kennen wir: Entnahme von Tieren auch gleich null.

Herr Minister Lies hat, glaube ich, keinen Jagdschein. Er wird sich ja nicht selber auf einen Hochsitz setzen, um ein Tier zu schießen. Das kann ja niemand erwarten. Wir brauchen die Jägerschaft weiterhin als zuverlässigen Partner. Das ist sie heute schon. Dieser Schritt ist sehr vernünftig.

Man kann natürlich auch überlegen - das ist ja angeklungen - den Wolf ins Jagdrecht zu nehmen. Fakt ist aber: Sachsen hat den Wolf im Jagdrecht. Das Problem ist damit in Sachsen aber nicht gelöst. Sachsen hat immer noch dieselben Probleme wie Niedersachsen, dieselben Probleme wie Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und mittlerweile auch Thüringen. Denn die Population entwickelt sich weiter in Richtung Süden. Es gibt auch Bundesländer, von denen man ja vielleicht lernen könnte. Die haben eine längere Wolfsgeschichte: Brandenburg, Sachsen. Die haben das Problem aber genauso wenig im Griff wie Niedersachsen. Dazu sage ich Ihnen auch ganz deutlich: Ich persönlich würde mir wünschen, dass sich in Berlin an der Stelle ein bisschen mehr bewegt. Dort treten wir zurzeit leider Gottes auf der Stelle.

Ich lehne mich jetzt mal ein bisschen zum Fenster hinaus. Wir brauchen in der Tat ein rechtliches Instrument, um auffälligen Rudeln Herr zu werden. Ich sage an der Stelle ganz deutlich: Ich würde mich - Kollege Grupe hat es angesprochen - durchaus für die französische Variante aussprechen. Das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich. Das haben wir übrigens auch im Januar besprochen, als wir das Atommüll-Endlager besucht haben. Auch damit sind die französischen Politikerinnen und Politiker nicht zufrieden.

Aber warum sage ich das? - Die französische Lösung ist, glaube ich, die pragmatischste. Man nimmt eine Quote, und dort, wo es Probleme gibt, dürfen Tiere entnommen werden. Ich sage ganz deutlich: Mein Wunsch ist es - wir sind zwar nicht bei „Wünsch dir was“, aber ich kann es trotzdem äußern -, dass wir zu solch einer pragmatischen Lösung kommen. Das Gute daran ist auch noch: Es könnte kurzfristig realisiert werden. Es bedürfte keiner Besenderung. Die Tiere könnten kurzfristig an der Stelle entnommen werden, wo sie ihr Unwesen treiben oder wo sie auffällig werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.